

Antrag A-02

Jusos Sachsen

Leitlinien für eine sozialdemokratische Arbeitsversicherung

1 *Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:*

2 Unsere Arbeitsgesellschaft wandelt sich in einem rasanten Tempo. Mancherorts mag dies noch nicht so offensichtlich
3 sein, aber in den nächsten Jahren und Jahrzehnten werden sich Veränderungen vollziehen, die quantitativ wohl nur
4 mit der Entwicklung der Industriegesellschaft im 19. Jahrhundert verglichen werden können. Immer mehr Arbeitsbe-
5 reiche werden allumfassend von der Digitalisierung verändert. Die Automatisierung von immer mehr Prozessen wird
6 bestehende Berufsbilder verändern, neue schaffen und manche sogar gänzlich in Frage stellen. Klassische Formen der
7 Zusammenarbeit werden durch mehr Flexibilität in der Zusammensetzung von Teams und in der Einbeziehung weiterer
8 Kompetenzen im kollaborativen Arbeiten maßgeblich erweitert. Diese Veränderungen sind keine Zukunftsmusik, son-
9 dern heute bereits zu spüren. Zugleich wachsen mit diesen Neuerungen auch die Anforderungen an die Arbeitnehme-
10 rinnen und Arbeitnehmer. Fortlaufende Weiterbildung wird in der Wissensgesellschaft der Zukunft für alle Menschen
11 die Regel sein.

12 Diese Entwicklungen sind natürlich eine riesige Chance, doch für viele Menschen wirken sie auch bedrohlich. Es wächst
13 die Angst, ob man Schritt halten kann. Wie viel ist das hart Erlernte in Zukunft noch wert? Begriffe wie Wandel und
14 Innovation wirken für viele Menschen positiv, doch entscheidend wird sein, ob auch wirklich die komplette Gesellschaft
15 mitgenommen wird. Gerade in größeren Teilen des Dienstleistungssektors ist von den positiven Seiten der flexiblen
16 Arbeitswelt bisher reichlich wenig zu spüren. Dies geht oft mit dem Fehlen von Gewerkschaften und Tarifverträgen
17 einher. Ebenso eklatant ist, dass trotz immer weiter zurückgehender Gesamtarbeitslosigkeit, ein fast gleichbleibende
18 Zahl an Menschen über viele Jahre langzeitarbeitslos und oft ohne eine Perspektive sind.

19 Ebenso herausfordernd ist die Veränderung unserer Gesellschaft. Der wachsenden Zahl an Abgängen in den wohlver-
20 dienten Ruhestand stehen immer wenige junge Menschen gegenüber, die neu ins Erwerbsleben nachrücken. Unbe-
21 setzte Lehrstellen und Jobs sind die Folge. Gleichmaßen gibt es einige junge Menschen, die auch in dieser Situation
22 noch keinen Anschluss an das Erwerbsleben finden. Eine der zentrale Herausforderungen der neuen Arbeitsgesellschaft
23 wird, möglichst viele Menschen auch entsprechend ihrer Qualifikation in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Umso skan-
24 dalöser ist es, dass dieses Potenzial insbesondere bei der Vergabe von Führungspositionen an Frauen immer noch nicht
25 genutzt wird.

26 Aber auch in den Köpfen der Menschen vollziehen sich Änderungen: Der gerechte zeitliche Ausgleich zwischen Beruf,
27 Freizeit, Familie und Freund*innen gewinnt gegenüber dem reinen Streben nach beruflichen Erfolg immer mehr die
28 Oberhand. Die 40-Stunden-Woche über das komplette Leben hinweg erscheint vielen Menschen nicht mehr als die
29 sinnvollste Option. Zugleich deutet sich an, dass auch das Bedürfnis wächst, zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal
30 den gewählten Beruf zu wechseln und sich neu zu orientieren.

31 **Auch wenn wir viele der Veränderungen nicht eindeutig vorhersagen können, ist eine Sache klar: Ein sich wandeln-
32 der Arbeitsmarkt erfordert auch andere Instrumente und eine Anpassung unserer bekannten Sozialversicherungssys-
33 teme, insbesondere der heutigen Arbeitslosenversicherung.**

34 Die SPD versteht sich schon immer als Partei der Arbeit. Dementsprechend zentral wird und wurde dieses Thema bei so-
35 zialdemokratischer Regierungsbeteiligung besetzt. Auch wenn die SPD mittlerweile schon einige wichtige Korrekturen
36 vorgenommen hat, sind die zwischen 2003 und 2005 in Kraft getretenen Hartz-Reformen noch heute in den Köpfen vie-
37 ler Menschen präsent. Sie prägen ihr Leben und Denken. Oft geht es dabei weniger um die konkrete heutige Betroffen-
38 heit, sondern um ein allgemeines Gefühl der Ungerechtigkeit. In der Folge der Reformen hat die SPD an Wähler*innen,
39 Mitgliedern, aber vor allem an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Bis heute umstritten ist, welchen direkten Effekt die Refor-
40 men auf die anschließende Arbeitsmarktentwicklung hatten. Die grundsätzliche Idee, Sozialhilfe und Arbeitslosenhil-
41 fe zusammenzufassen, mag richtig gewesen sein. Zahlreiche einzelne Gesetzesregelungen, beispielsweise das geringe
42 Sicherungsniveau und die konkrete Umsetzung, waren es hingegen nicht. Hier hat die Sozialdemokratie viele Anhän-
43 ger*innen nachhaltig enttäuscht, insbesondere in Ostdeutschland.

44 Die soeben skizzierten Veränderungen der Arbeitswelt, unterscheiden sich deutlich von der durch Massenarbeitslosig-
45 keit geprägten Arbeitsmarktsituation im Jahr 2005. Eine neue Situation braucht neue Antworten. Die SPD wird mit
46 diesen Antworten aber gesellschaftlich nicht durchdringen, wenn sie sich vom „Kapitel Hartz IV“ nicht endlich ein-
47 deutig distanziert. Einige Reformen der rot-grünen Bundesregierung waren ein Fehler. Und dazu müssen wir endlich

48 stehen. Wir müssen einräumen, dass wir dies wissen. Dass wir es verstanden haben und uns bei den Menschen, die da-
49 durch soziale und ökonomische Ungerechtigkeiten erleben mussten und müssen, entschuldigen. Kleine Korrekturen an
50 der Agenda 2010 reichen hierfür nicht aus, vielmehr brauchen wir eine breite innerparteiliche und gesellschaftliche
51 Diskussion über eine neue Struktur des Arbeitsmarktes, von Arbeitslosigkeit und beruflicher sowie schulischer Qualifi-
52 zierung. An dieser Stelle sollen erste Leitlinien unter dem Titel „Arbeitsversicherung“ skizziert werden, die wir gemein-
53 sam weiter diskutieren und verfeinern müssen.

54 **Eine neue Kultur des Miteinanders**

55 Damit Arbeitsvermittlung und Qualifizierung zukünftig gelingen können, braucht es neue Umgangsformen zwischen
56 den zuständigen Institutionen und den Betroffenen. Der Mangel an „Austausch auf Augenhöhe“ wird von den Ar-
57 beitssuchenden immer wieder kritisiert, er prägt das Bild der Jobcenter nachhaltig. Eine neue Kultur des Miteinan-
58 ders ist auf Vertrauen, Überzeugung und Dialog angewiesen. Zu diesem Zweck muss der **Ermessensspielraum der Mit-**
59 **arbeiter*innen** wieder deutlich wachsen. Bürokratischer Aufwand und Nutzen stehen im Moment vielfach in keinem
60 gesunden Verhältnis zueinander. Maßnahmen wie ein **pauschaler Start in das ALG2**, vor der endgültigen Bewilligung
61 oder **Bagatellgrenzen** für strittige Leistungen, wären denkbar. Anstatt einen Großteil der Arbeitszeit in die centgenaue
62 Errechnung der Leistungen zu investieren, muss die Vermittlung und Qualifikation im Mittelpunkt stehen. Natürlich
63 kann es aber auch in Zukunft zu Unstimmigkeiten zwischen den Betroffenen und der Behörde kommen. Eine **unab-**
64 **hängige Beschwerdestelle** sollte diese Kritik aufnehmen und gezielt Vorschläge zur Verbesserung der Strukturen
65 und Prozesse liefern.

66 Zukünftig muss die **nachhaltige Vermittlung in stabile Jobverhältnisse** das oberste Ziel sein. Die reine Erfüllung von
67 Kennzahlen greift zu kurz und sorgt für die Vermittlung in nur bedingt sinnvolle Maßnahmen, sowie in geringer be-
68 zahlte Jobs mit schlechten Arbeitsbedingungen. Ebenso muss die **berufliche Qualifikation gegenüber der sofortigen**
69 **Vermittlung gleichrangig** behandelt werden, damit die Betroffenen auch in Beschäftigungsverhältnisse kommen, die
70 auch mit Blick auf die Veränderungen des Arbeitsmarkts zukunftsfest sind. Auch im fortgeschrittenen Alter kann eine
71 mehrjährige Ausbildung sinnvoll sein, sofern die Interessenlage stimmt und der Bedarf vorhanden ist. Damit Men-
72 schen aber überhaupt in Arbeitsverhältnisse oder eine Ausbildung vermittelt werden können, müssen vorher oft ande-
73 re Problemlagen ausgeräumt werden. Gerade mit Blick auf den großen Sockel an langzeitarbeitslosen Menschen muss
74 die **Verzahnung mit z.B. psychosozialen Hilfen** deutlich verbessert werden. Insgesamt sollte es ein Ziel sein, die gedank-
75 liche und organisatorische Trennung zwischen ALG1 und **ALG2** aufzuheben und letzteres bei fortlaufender Finanzierung
76 aus Steuermitteln **in die Versicherungssäule der Arbeitsversicherung zu integrieren**.

77 Damit die neue Kultur aber auch umgesetzt werden kann, müssen auch die Bedingungen stimmen. Die **Jobcenter brau-**
78 **chen mehr personelle Kontinuität**. Befristete Arbeitsverträge bedrohen nicht nur die Motivation der Mitarbeiter*innen,
79 sondern behindern auch den Aufbau von Netzwerken zu lokalen Arbeitgeber*innen und Hilfestrukturen. Zugleich muss
80 anerkannt werden, dass der Abbau der kurz- und mittelfristigen Arbeitslosigkeit mit einem steigenden Aufwand bei
81 Langzeitarbeitslosen einhergeht. Vielschichtige Problemlagen, auch abseits der eigentlichen Vermittlung, machen ei-
82 nen **besseren Betreuungsschlüssel** unverzichtbar.

83 **Eine echte Mindestsicherung**

84 Die Glaubwürdigkeit eines Sozialstaats bemisst sich maßgeblich daran, wie würdevoll er mit den schwächsten Teil-
85 len unserer Gesellschaft umgeht. Beim ALG2 sind große Zweifel angebracht, ob er dieser Aufgabe bisher nachkommt.
86 Die **Berechnung des Regelsatzes** muss in Zukunft deutlich **nachvollziehbarer** werden und sich tatsächlich am notwen-
87 digen und abschlagsfreien soziokulturellen Existenzminimum orientieren. Maßstab könnten die entsprechenden Vor-
88 schläge der Diakonie oder des Paritätischen Wohlfahrtsverbands sein. Ebenso überarbeitungsbedürftig sind die ge-
89 währten Kosten der Unterkunft. Gerade in wachsenden Großstädten führt die derzeitige Ausgestaltung zu einer Kon-
90 zentration von Betroffenen in wenigen Stadtteilen. Die gewährten Mietkosten müssen daher deutlich steigen. Damit
91 diese Verbesserung nicht auf Kosten der Städte und Gemeinden geschieht und Kommunen mit einem großen Sockel
92 an Langzeitarbeitslosen endlich wirksam entlastet werden, sollte der **Bund die Kosten der Unterkunft zukünftig zu 100**
93 **Prozent übernehmen**.

94 Unabhängig von der konkreten Ausgestaltung des Regelsatzes wird dieser für viele arbeitslos gewordene Vollzeit-
95 erwerbstätige immer noch einen deutlichen sozialen Abstieg zur Folge haben. Um diese Situation zu vermeiden, soll
96 das beitragsfinanzierte **ALG1** beim Vorliegen entsprechender Versicherungszeiten von 48 Monaten in fünf Jahren zu-
97 künftig generell **bis zu 24 Monate** ausgezahlt werden.

98 Bei der Neugestaltung des Arbeitslosengeldes darf auch das Modell der **Kindergrundsicherung** nicht unbeachtet blei-
99 ben. Abhängig von der konkreten Ausgestaltung könnte hier ein unabhängiger Rechtsanspruch für Kinder entstehen,
100 der echte Teilhabe ermöglicht. Dies würde endlich wirksam Kinderarmut verhindern. Zugleich wären viele Alleinerzie-
101 hende nicht mehr gezwungen, trotz einer Erwerbstätigkeit noch aufstocken zu müssen.

102 Eine **Mindestsicherung darf nicht kürzbar sein**. In einem reichen Land wie Deutschland sollte jeder Mensch ohne Arbeit
103 zumindest ein Existenzminimum erhalten, das im Sinne der Menschenwürde und Teilhabe auch nicht durch behördli-
104 che Maßnahmen verringert werden kann.

105 **Leistungen anerkennen**

106 Gerade für viele ältere Menschen ist der Absturz in die Grundsicherung ein herber Schlag. Wir wollen daher die **ALG1-**
107 **Bezugsdauer** analog zur allgemeinen Verlängerung bei **über 58-Jährigen auf bis zu 36 Monate** erhöhen, sofern in den
108 letzten sieben Jahren mindestens 72 Monate eine versicherungspflichtige Beschäftigung vorlag. Um älteren Menschen
109 eine freiwillige berufliche Neuorientierung zu ermöglichen, werden wir zudem das Sperrzeitregime im ALG1 bei der
110 freiwilligen Aufgabe eines Beschäftigungsverhältnisses anpassen.

111 Zudem fordern wir analog zum letzten SPD-Regierungsprogramm eine **Verdopplung des Schonvermögens** auf 300 Eu-
112 ro pro Lebensjahr. Um der Lebensrealität der Menschen gerecht zu werden, sprechen wir uns auch für eine Anhebung
113 der **Flächengrenzen bei selbstgenutzten Wohneigentum** aus. Prüfwert erscheint ebenfalls eine großzügigere Über-
114 nahme von Tilgungskosten bei selbstgenutzten Wohneigentum im Rahmen der Kosten der Unterkunft, sofern dadurch
115 keine Bevorteilung gegenüber Mieter*innen erfolgt.

116 Da sich die Arbeitsmarktsituation in ganz Deutschland flächendeckend deutlich gebessert hat, ist eine **Anpassung der**
117 **Zumutbarkeitskriterien** überfällig. Die mit Umzügen verbundene Annahme von Jobs in anderen Regionen Deuts-
118 lands oder tägliche Fahrstrecken von bis zu zweieinhalb Stunden sind nicht mehr zeitgemäß. Diese bedroht nicht
119 nur das familiäre Miteinander, sondern stellt auch über Jahrzehnte gewachsene soziale Beziehungen in Frage. Ebenso
120 kritisch sind unzumutbare Löhne von bis zu einem Drittel unter dem entsprechenden Tarifvertrag zu beurteilen. Auch
121 im Sinne der Bestandsbeschäftigten und der Gewerkschaften fordern wir eine Anhebung dieser Sittenwidrigkeitsgren-
122 ze auf mindestens 80 Prozent des entsprechenden Tariflohns.

123 Begrüßenswert ist die Initiative des SPD-Teils der Bundesregierung, den allgemeinen **Zugang zum Arbeitslosengeld**
124 **I** deutlich zu **vereinfachen**, sodass bereits nach 10 Monaten Versicherungszeit in drei Jahren ein Anspruch entsteht. Da-
125 mit auch junge Erwachsene ohne lange Beschäftigungszeiten vom ALG1 profitieren, sollten aber auch kürzere Zeiträu-
126 me (z.B. 6 Monate Versicherung in 12 Monaten) zu einem Anspruch von z.B. 3 Monaten führen. Ganz grundsätzlich darf
127 der direkte Übergang aus regulärer Beschäftigung in das Arbeitslosengeld II nur die absolute Ausnahme sein. Sofern
128 die entsprechenden Versicherungszeiten mit einer gewissen Arbeitszeit erfüllt worden sind, fordern wir ein **Mindest-**
129 **arbeitslosengeld**, das zumindest 10 Prozent über dem betreffenden ALG2-Satz samt Kosten der Unterkunft liegt.

130 **Recht auf Arbeit und Qualifizierung**

131 Arbeit ist für die SPD seit jeher ein positiver und leitender Begriff. Aus unserer Sicht sollte jeder Mensch, der im ent-
132 sprechenden Alter und dazu in der Lage ist, die Möglichkeit haben, arbeiten zu gehen. Damit meinen wir in erster Linie
133 natürlich klassische Erwerbsarbeit, aber auch die ehrenamtliche Arbeit und Familienarbeit schätzen wir wert. Durch die
134 beschriebenen Veränderungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt erscheint das Ziel der Vollbeschäftigung mittel- und
135 langfristig nicht mehr unrealistisch zu sein. Auch trotz andauernder Digitalisierung und Automatisierung gibt es mehr
136 als genug Arbeit. Die Frage ist nur, ob es Institutionen gibt, die diese auch angemessen vergüten wollen und können.

137 Qualifizierung muss in der sich wandelnden Arbeitswelt daher einen deutlich größeren Stellenwert in der Arbeitsver-
138 mittlung bekommen. Wir wollen das ALG1 analog zur sozialdemokratischen Idee des „**Arbeitslosengeldes Q**“ bis zu
139 48 Monate zahlen. Bedingung dafür ist, dass in dieser Zeit Fortbildungen absolviert, Qualifizierungsmaßnahmen be-
140 sucht oder Berufsabschlüsse nachgeholt werden. Im Zentrum der Qualifizierung muss dabei am Ende tatsächlich die
141 Vermittlung in Arbeit stehen, nicht der kurzfristige Wegfall aus einer Arbeitsmarktstatistik. Sofern im Vorfeld der Qua-
142 lifizierung Maßnahmen zur **Wiederherstellung der generellen Beschäftigungsfähigkeit** sinnvoll sind, muss dafür auch
143 der notwendige Raum da sein. Diese Maßnahmen müssen dann auch Vorrang gegenüber der Qualifizierung und der
144 Vermittlung haben.

145 Damit das **Recht auf Arbeit** aber auch Realität wird, muss es auch Angebote für Menschen geben, die nur noch sehr
146 schwer in den regulären Arbeitsmarkt zu integrieren sind. Über 600.000 Menschen in Deutschland sind schon länger als
147 sechs Jahre im Hartz IV-Bezug. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten 150.000 geförderten Beschäftigungsverhältnisse

148 für diese Gruppe sind ein guter erster Schritt, der aber noch nicht ausreicht. Wir brauchen einen **sozialen Arbeitsmarkt**,
149 der für alle tatsächlich Arbeitsfähigen in dieser Gruppe Angebote bereithält. Damit es aber zu keiner Verdrängung so-
150 zialversicherungspflichtiger Tätigkeiten kommt und tatsächlich sinnvolle und sinnstiftende Tätigkeiten ausgeübt wer-
151 den, ist eine enge Abstimmung mit Trägern, Unternehmen, Kommunen und Gewerkschaften unerlässlich.

152 Grundsätzlich begrüßen wir es, wenn Menschen auch innerhalb der Grundsicherung hinzuverdienen, um einen eige-
153 nen Beitrag zu ihren Lebenseinkommen zu leisten. Nicht zu unterschätzen sind die dadurch entstehenden Kontakte
154 und die Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit. Trotzdem ist das ordentliche, gut entlohnte Normalarbeitsverhältnis
155 für uns weiterhin leitend. Eine Anhebung der **Hinzuverdienstgrenzen** ist daher sinnvoll, sofern im gleichen Zuge auch
156 der Mindestlohn entsprechend steigt (Abstandsgebot).

157 Um jungen Menschen den Einstieg in das Berufsleben so einfach wie möglich zu machen, befürworten wir das Modell
158 der **Jugendberufsagentur** und wollen es flächendeckend einführen. Die Bündelung unterschiedlicher Ansprechpart-
159 ner*innen unter einem Dach und eine niedrigschwellige Ansprache bergen großes Potenzial. Gerade beim Vorliegen
160 komplexerer Problemlagen kann die Arbeitsagentur alleine wenig bewirken. Ziel muss sein, dass am Ende kein junger
161 Erwachsener durch das Raster fällt und gegebenenfalls auch eine zweite oder dritte Chance gewährt wird.

162 **Eine Arbeitsversicherung für alle**

163 Eine der wichtigsten Aufgaben einer neuen Arbeitsversicherung wird es sein, auch eine kompetente Ansprechstelle
164 für Nichterwerbslose und Arbeitgeber*innen zu sein. Die Arbeitsagentur muss die **zentrale Anlaufstelle für Weiterbil-**
165 **dung** werden. Gerade Angebote wie Kompetenzfeststellungen und Lebenslaufberatung machen eine Arbeitsversiche-
166 rung bei deutlich sinkender Arbeitslosigkeit keineswegs überflüssig. Auch Aufgaben wie ein regionales Fachkräftemo-
167 nitoring müssen in den nächsten Jahren weiter aufgebaut werden. Die **Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit** und die
168 Stabilisierung von Beschäftigungsverhältnissen sind gerade bei einer älter werdenden Bevölkerung nicht zu vernach-
169 lässigen. In den genannten Fragen sollte eine Arbeitsversicherung auch Ansprechpartner*in für (derzeit noch) nicht ver-
170 sicherte Gruppen wie Beamte*innen und Selbständige werden. Einer weiteren schrittweisen Einbeziehung dieser Grup-
171 pen in die Arbeitsversicherung stehen wir aber offen gegenüber.

172 Zentrales Element des Bildungssektors der Arbeitsversicherung sollte das von der SPD bereits vorgeschlagene
173 **Chancenkonto** sein. Gemäß dem Vorschlag von Andrea Nahles soll jede*r Erwachsene mit Eintritt in das Erwerbsle-
174 ben 20.000 Euro Guthaben erhalten, alle älteren Arbeitnehmer*innen anteilig weniger. Diese Größenordnung erscheint
175 uns plausibel. Mit diesem Budget soll es in Zukunft möglich sein, auch außerhalb von Arbeitslosigkeit und des norma-
176 len Beschäftigungsverhältnisses, **Weiterbildungen** zu absolvieren. Da hierfür eine Reduzierung der Arbeitszeit sinnvoll
177 ist, wird nicht nur die Weiterbildung selbst, sondern auch der Verdienstausschlag (ggf. anteilig) durch das Chancenkonto
178 ausgeglichen.

179 Damit tatsächlich die Gruppen vom Chancenkonto profitieren, die tatsächlich eine Weiterbildung benötigen, ist eine
180 zielgruppengerechte Ansprache und eine intensive Begleitung unerlässlich. Um die massiv zurückgehende Zahl an **Un-**
181 **ternehmensgründungen** wieder zu erhöhen – die Zahl lag 2017 ganze 64% unter der von 2001 – sollten auch diese durch
182 ein neues Chancenkonto unterstützt werden. Gerade in der Wissensgesellschaft der Zukunft braucht es eine neue Grün-
183 derkultur. Damit das Chancenkonto zu einer flexiblen Struktur wird, wollen wir auch Mechanismen schaffen, die den
184 geldwerten **Übertrag von Zeitguthaben** auf Antrag des Arbeitnehmers/der Arbeitnehmerin durch die Arbeitgeber*in
185 (z.B. Überstunden und Resturlaub) in beschränktem Umfang erlauben.

186 Um die Arbeitsversicherung weiterhin auf finanziell solide Beine zu stellen, sprechen wir uns für eine **Anhebung der**
187 **Beitragsbemessungsgrenze** aus. Zwar führt diese Anhebung auch zu zusätzlichen Ansprüchen beim ALG1, jedoch dürfte
188 die betroffenen Personenkreise nur unterdurchschnittlich oft arbeitslos sein. Zudem fließt schon jetzt etwa die Hälfte
189 der eingehenden Beiträge nicht in die Finanzierung des Arbeitslosengeldes, sondern in personenunabhängige Bereiche
190 wie z.B. das Personal oder die Verwaltung.

191 **Begründung**

192 erfolgt mündlich

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag